



Haushalts- und Finanzausschuss (61.) Ausschuss für Kommunalpolitik (75.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

6. November 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

19:15 Uhr bis 19:25 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU) (HFA)

Protokoll: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkt und Ergebnis:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **3**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des
Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** **4**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

In Verbindung mit:

**Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu Lasten junger
Familien**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7170

Haushalts- und Finanzausschuss (61.)

Ausschuss für Kommunalpolitik (75.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

06.11.2014

ei-jo

– Verfahrensbeschluss zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Der **Haushalts- und Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Kommunalpolitik beschließen** einvernehmlich die Durchführung einer öffentlichen **Anhörung** zu dem Gesetzentwurf Drucksache 16/7147 sowie zu dem Antrag Drucksache 16/7170 am **2. Dezember 2014, 15:00 Uhr**.

* * *

Haushalts- und Finanzausschuss (61.)

Ausschuss für Kommunalpolitik (75.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

06.11.2014

ei-jo

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Christian Möbius teilt mit, diese Sondersitzung finde auf Antrag von Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen statt. Am Rande der gestrigen Plenarsitzung habe man sich darauf verständigt, diese Sitzung nach dem Ende der heutigen Plenarsitzung durchzuführen.

Er weist darauf hin, dass sich die Fraktionen im Vorfeld verständigt hätten, nach Fraktionsstärke abzustimmen.

Haushalts- und Finanzausschuss (61.)
Ausschuss für Kommunalpolitik (75.)
Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

06.11.2014
ei-jo

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7147

In Verbindung mit:

Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu Lasten junger Familien

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7170

– Verfahrensbeschluss zur Durchführung einer öffentlichen Anhörung

Der Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Antrag der FDP-Fraktion seien, so **Vorsitzender Christian Möbius**, am 5. November 2014 vom Plenum zur Federführung an den Haushalts- und Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Kommunalpolitik, der sich an der heutigen Sitzung beteilige, sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk überwiesen worden.

Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wollten in der heutigen Sitzung einen Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung herbeiführen.

Marc Herter (SPD) bemerkt, seine Fraktion schlage vor, die Anhörung zu dem von den Obleuten bereits ins Auge gefassten Termin, nämlich dem 2. Dezember 2014, durchzuführen. Die SPD-Fraktion sei einverstanden, keinen Begrenzungsbeschluss zu fassen, gehe aber davon aus, dass die Anhörung nicht „ganz ausufernd“ erfolge, sondern im üblichen zeitlichen Rahmen bleibe.

Vorsitzender Christian Möbius teilt mit, nach dem fraktionsübergreifenden Gespräch im Vorfeld sei bereits vorsorglich der Plenarsaal reserviert worden, um die Anhörung am 2. Dezember, 15:00 Uhr, dort durchzuführen.

Neben dem Gesetzentwurf solle auch der Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 16/7170, wie von der antragstellenden Fraktion gewünscht, Gegenstand der Anhörung sein.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss** und der **Ausschuss für Kommunalpolitik** beschließen einvernehmlich die Durchführung einer öffentlichen **Anhörung** zu dem Gesetz-

Haushalts- und Finanzausschuss (61.)

Ausschuss für Kommunalpolitik (75.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

06.11.2014

ei-jo

entwurf Drucksache 16/7147 sowie zu dem Antrag Drucksache 16/7170 am **2. Dezember 2014, 15:00 Uhr.**

Vorsitzender Christian Möbius wird die mitberatenden Ausschüsse darauf hinweisen, dass deren Voten zur nächsten regulären Sitzung des HFA am 11. Dezember 2014 erwartet würden.

Im Rahmen der Anhörung erhielten selbstverständlich auch die kommunalen Spitzenverbände Gelegenheit zur Stellungnahme.

Auf Frage von **Ralf Witzel (FDP)** erläutert **Vorsitzender Christian Möbius**, ob die übrigen mitberatenden Ausschüsse nachrichtlich oder im Rahmen einer Pflichtsitzung an der Anhörung teilnahmen, müssten diese selbst entscheiden.

Er stellt weiter fest, dass auf die Erstellung eines Fragenkatalogs einvernehmlich verzichtet werde.

Abschließend bittet der Vorsitzende die Fraktionen, die gewünschten Sachverständigen bis Montag, den 10. November, 15 Uhr, dem Ausschussesekretariat mitzuteilen.

gez. Christian Möbius
Vorsitzender

10.12.2014/11.12.2014

72

